

**Clara Bünger**

- (A) gen Tagen forderte CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann, arbeitsfähige Bezieher von Bürgergeld nach sechs Monaten zur Annahme eines Jobs oder zu gemeinnütziger Arbeit zu verpflichten.

(Detlef Seif [CDU/CSU]: Guter Vorschlag! – Beate Müller-Gemmeke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Unglaublich!)

Diese Aussagen machen deutlich, dass die Gefahr der weiteren sozialen Spaltung der Gesellschaft viel größer ist.

(Beate Müller-Gemmeke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Unglaublich!)

Es drohen brutale Kürzungen im sozialen Bereich und Angriffe auf soziale Errungenschaften.

(Stephan Stracke [CDU/CSU]: Im Gegenteil! Wir integrieren damit die Leute!)

– Dass Sie jetzt hier so laut sind, liebe Union, macht deutlich, wo Sie hier stehen: Sie lehnen den Sozialstaat ab. Wohin das, was Sie hier vorschlagen, führt, können sich viele hier im Parlament noch gar nicht vorstellen.

Alle demokratischen Kräfte in diesem Land dürfen diesem Treiben nicht zusehen. In den Parlamenten und auf der Straße müssen wir dieser Entrechtung entgegenreten, egal ob sich die Angriffe gegen Geflüchtete, Rentnerinnen, Jugendliche –

**Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:**

- (B) Kommen Sie bitte zum Schluss.

**Clara Bünger (DIE LINKE):**

– oder Erwerbslose richten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:**

Der nächste Redner ist Jens Beek für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Dr. Martin Rosemann [SPD])

**Jens Beek (FDP):**

Hochverehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer! Kollege Stracke von der Union, herzlichen Dank für diesen Gesetzentwurf. Wir diskutieren seit Monaten über die Frage, wie wir unseren Sozialstaat in der aktuellen migrationspolitischen Situation so aufstellen, dass wir der Lage Herr werden. Am 29. Oktober haben die FDP-Minister im Kabinett unter anderem diesen Vorschlag veröffentlicht, nämlich das Asylbewerberleistungsgesetz so nachzuschärfen, dass es den Verfahrensdauern vernünftig angepasst wird. Am 6. November gab es die Einigung der Bundesregierung und der sie tragenden Fraktionen des Deutschen Bundestages mit den Ministerpräsidenten.

Und acht Tage später, am 14. November, reichen Sie diesen Gesetzentwurf ein. (C)

(Detlef Seif [CDU/CSU]: Ja, damit das umgesetzt wird!)

Da weiß man gar nicht, was man Ihnen zuerst wünschen soll: einen guten Morgen oder herzlichen Glückwunsch zu der Einsicht, dass Sie jetzt als Unionsfraktion hier im Deutschen Bundestag mit Ihren Ministerpräsidenten übereinstimmen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage mal beides: Herzlichen Glückwunsch zu dieser Einsicht und guten Morgen, dass Sie damit auch kommen!

(Stephan Stracke [CDU/CSU]: Umsetzen! Umsetzen, Herr Beek, umsetzen!)

Da nehme ich mal den Kollegen Seif aus der Debatte zum letzten Tagesordnungspunkt mit dazu.

(Detlef Seif [CDU/CSU]: Vielen Dank!)

– Gerne. – Sie sprechen davon, dass der Zusammenhalt in unserem Land gefährdet ist und dass wir uns deswegen sehr ernsthaft diesen Fragen, auch hier im Hause im Übrigen, nähern müssen. Da bin ich vollständig bei Ihnen. Die Frage ist nur: Sie schreiben hier aus einem Papier vom 6. November 2023, über das bereits Einigkeit besteht – die Kollegin hat es gesagt –, wortwörtlich ab und bringen das jetzt hier ein, völlig isoliert

(Stephan Stracke [CDU/CSU]: Es geht um die Umsetzung, Herr Beek! Wann wollen Sie denn einen Gesetzentwurf vorlegen, Herr Beek?) (D)

– mein Gott, nun schreien Sie doch nicht immer so; Sie haben doch gleich noch Redner –, und dann auch noch mit einer Begründung, die wirklich nicht sonderlich weit trägt.

(Stephan Stracke [CDU/CSU]: Doch, die trägt!)

Das mit den Pull-Faktoren mag durchaus ein Argument sein. Aber wissenschaftlich ist das nicht belegt, und es trifft auch gar nicht den Kern.

(Nina Warken [CDU/CSU]: Christian Lindner sagt es aber auch!)

– Nein, das sagt er nicht,

(Nina Warken [CDU/CSU]: Doch! „Anziehungskraft des Sozialstaats“, sagt er! Lesen Sie es mal nach!)

sondern wir begründen ordentlich, weshalb wir inhaltlich – das habe ich gerade gesagt – schon Konsens geschaffen haben, nämlich mit Verfahrensdauern und damit, dass wir einen Sozialstaat an Sachargumenten skalieren. Deswegen gibt es einen Unterschied zwischen den Bürgergeldempfängern mit Aufenthaltsstatus und denjenigen, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen, während sie auf den Ausgang ihres Verfahrens noch warten. Dafür ist es ursprünglich gedacht.

**Jens Beeck**

(A) Man stellt fest: Nach den Verfahren des BAMF gibt es häufig noch Klageverfahren. Im einzigen Bundesland mit einem FDP-Minister der Justiz dauern die Verfahren drei bis vier Monate nach der jetzigen Rechtsordnung. In anderen Bundesländern dauern sie fast vier Jahre. Jedenfalls dauern sie im Schnitt der Bundesrepublik Deutschland nicht 18 Monate. Deswegen ist es allein schon aus diesem Grund richtig, das Asylbewerberleistungsgesetz an diese Verfahrensdauern anzupassen und von 18 auf 36 Monate zu gehen.

Warum kommen Sie jetzt mit diesem Gesetzentwurf? Sie wissen – weil Sie die Tagesordnung der nächsten Sitzungswoche kennen –, dass die Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen in der nächsten Woche, in der Haushaltswoche, ein Gesetzespaket dazu einbringen, wo genau dieser Punkt enthalten sein wird.

(Norbert Kleinwächter [AfD]: Schon wieder etwas außerhalb der Haushaltsberatungen!)

Ganz herzlichen Dank an die Union, die uns dann sicherlich konstruktiv unterstützt, dieses Paket in der Haushaltswoche zu beschließen! Dann werden wir das noch vor Weihnachten im Bundesgesetzblatt haben.

(Nina Warken [CDU/CSU]: Das hat sich jetzt nicht so angehört!)

Ich muss auf das zurückkommen, was der Kollege Seif richtigerweise gesagt hat: Führen wir hier eine ernsthafte Debatte, und versuchen wir, Lösungen in der demokratischen Mitte dieses Hauses, wie es häufig so schön heißt, gemeinsam zu entwickeln?

(B) (Nina Warken [CDU/CSU]: Da müssen Sie aber nicht uns angucken, Herr Beeck! – Beate Müller-Gemmeke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da ist die Union nicht mehr in der Mitte des Hauses! Definitiv nicht mehr! – Gegenruf der Abg. Nina Warken [CDU/CSU]: Und was seid ihr dann?)

Oder kommen wir mit Einzelanträgen, schlecht begründet, einen minimalen Aspekt der Notwendigkeiten abbildend, um hier Trallala und einen großen Zampano zu machen?

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Stephan Stracke [CDU/CSU]: Ich glaube, die Bürger skalieren auch ihre Haltung sehr gut!)

Ich hoffe, Herr Kollege Stracke – so verstehe ich Sie, und so ist auch mein Menschenbild von den Abgeordneten der CDU/CSU hier im Haus –, dass Sie das mit uns gemeinsam ernsthaft angehen wollen.

(Beate Müller-Gemmeke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Scheinbar nicht!)

Ich freue mich auf Ihre Verfahrensunterstützung, übrigens auch auf die der Länder, auch auf den Fristverzicht, damit dies noch vor Weihnachten Eingang ins Bundesgesetzblatt findet und wir dieses Thema insgesamt abräumen können.

(Stephan Stracke [CDU/CSU]: Vielleicht können sie die ja auch noch beschimpfen!)

Ich muss Ihnen nicht sagen – Sie wissen das selbst –, dass viel mehr dazu gehört als die Verlängerung der Bezugsdauer nach Asylbewerberleistungsgesetz von 18 auf 36 Monate. (C)

(Abg. René Springer [AfD] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Wir müssen auch über Sachleistungen reden, übrigens in einem einfachen Verfahren. Wir müssen darüber reden, das GEAS in der Europäischen Union weiter voranzutreiben. Wir müssen über Rückführungsabkommen reden; das haben wir beim letzten Tagesordnungspunkt gemacht.

(Stephan Stracke [CDU/CSU]: Alles nichts, was im Gesetzestext stehen muss!)

Das alles sind Dinge, die wir schon angehen.

**Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:**

Herr Abgeordneter, Entschuldigung: Erlauben Sie eine Zwischenfrage aus der AfD-Fraktion?

**Jens Beeck (FDP):**

Das führt an dieser Stelle bei aller Wertschätzung der Kollegen sicherlich nicht weiter. Nein, vielen Dank.

(Beifall des Abg. Alexander Müller [FDP])

Lassen Sie uns die Gesamthematik angehen, mit allen Fragen, die notwendig sind, ernsthaft und vernünftig. Wir freuen uns darüber, dass die Union das mit uns gemeinsam macht.

(Nina Warken [CDU/CSU]: Wer ist denn „uns“? Ist das nur die FDP, oder sind das alle?) (D)

Das setzt möglicherweise weitere Skalierungen im Asylbewerberleistungsgesetz voraus, weil diejenigen, die ausreisepflichtig sind, also ein negatives Votum aus dem Verfahren haben, ja sachlogisch anders gestellt werden müssten als diejenigen, die noch im Verfahren sind. Da ist für uns viel zu tun. Tun wir das seriös und gemeinsam!

Frau Präsidentin, herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:**

Ich hatte ja noch gar nichts gesagt. – Es folgt jetzt erst mal eine Kurzintervention des Abgeordneten René Springer.

**René Springer (AfD):**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Kollege Beeck, Sie mahnen eine ernsthafte Debatte an. Daran haben wir alle ein Interesse, und wir regen diese ernsthafte Debatte ja seit Jahren an.

(Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Na ja!)

Ich glaube, Grundlage einer ernsthafte Debatte ist, sich mit den Realitäten auseinanderzusetzen. Eine Realität ist, dass von unserem Sozialsystem ein Pull-Faktor ausgeht.

**René Springer**

- (A) (Beate Müller-Gemmeke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist die ganze Zeit widerlegt worden! – Clara Bünger [DIE LINKE]: Das ist eine Lüge!)

Das heißt, die Höhe unserer Sozialleistungen wirkt wie ein Zuwanderungsmagnet.

(Beate Müller-Gemmeke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist die Sache mit einer ernsthaften Auseinandersetzung! – Clara Bünger [DIE LINKE]: Eine Lüge!)

Es gibt hinreichend viele Studien, die das belegen.

Die Kollegin Nasr verwies vorhin auf eine Studie aus den 60er-Jahren; da liegt sie leider weit daneben. Es gibt hochaktuelle Studien, die danach fragen: Warum gehen Ukrainer eigentlich nach Deutschland, obwohl sie vorher in anderen Ländern in Sicherheit waren?

(Clara Bünger [DIE LINKE]: Das steht gar nicht drin in dieser Studie! Lesen!)

Es gibt Studien aus Polen, die das belegen.

(Beate Müller-Gemmeke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Fake News! Sonst nichts!)

Sie selbst haben gerade in Abrede gestellt, dass es diese Pull-Faktoren gibt. Nun hat Christian Lindner am 29. Oktober getwittert:

„Es ist offensichtlich, dass unser Sozialstaat mit seinen im europäischen Vergleich sehr hohen Leistungen selbst für diejenigen, die gar kein Aufenthaltsrecht haben, wie ein Magnet wirkt. Und das muss abgeschaltet werden.“

(B)

(Clara Bünger [DIE LINKE]: Das Bundesverfassungsgericht ist sehr klar und einfach zu verstehen in der Angelegenheit!)

Jetzt stelle ich Ihnen die Frage: Wann haben Sie Christian Lindner mitgeteilt, dass er sich geirrt hat, dass es diese Pull-Faktoren nicht gibt? Oder nutzen Sie vielleicht die nächsten drei Minuten Ihrer Kurzintervention, um einfach mal zuzugeben, dass dieses Problem real existiert, dass hier ein Gesetzentwurf auf dem Tisch liegt, der eine Lösung anbietet, und dass es angesichts der Situation, in der sich unser Land befindet, vielleicht sinnvoll ist, einfach mal den Rücken geradezumachen, eine vernünftige Entscheidung zu treffen und diesem Gesetzentwurf zuzustimmen?

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD – Annika Klose [SPD]: Ist das jetzt ein Wortbeitrag oder eine Frage?)

**Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:**

Möchten Sie antworten? Ich möchte nur noch mal sagen: Es gibt keine drei Minuten bei Kurzinterventionen. – Bitte schön.

(René Springer [AfD]: Er kann ja auch fünf! – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Steht aber so in der Geschäftsordnung!)

**Jens Bееck (FDP):**

(C)

Verehrte Frau Präsidentin, die brauche ich auch nicht. – Herr Kollege Springer, ich stelle zunächst mal Ihren ersten Satz in Abrede, nämlich den, dass sich alle in diesem Haus ernsthaft mit der Thematik befassen. Bei Ihnen erkenne ich das nicht, übrigens auch nicht bei dieser Zwischenfrage.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Zweite ist: Wenn Sie sich das Protokoll oder das Video meiner Rede anschauen, werden Sie sehen, dass ich nicht in Abrede gestellt habe, dass hohe Sozialleistungen ein Pull-Faktor sein können, sondern dass ich darauf hingewiesen habe, dass die Datenlage dünn ist, dass es bei der heutigen Beratung darauf aber gar nicht ankommt, weil es die von mir ausführlich dargelegten verfahrensleitenden Gründe gibt, weshalb Sozialleistungen nach bestimmten Verfahrensständen skaliert werden müssen. Das habe ich damit begründet, dass wir unterschiedliche Verfahrensdauern haben und dass wir derzeit im Schnitt in der Justiz in den Ländern bedauerlicherweise nicht in der Lage sind, das in 18 Monaten abzuwickeln. Deshalb habe ich auch keinen Dissens mit meinem Parteivorsitzenden, den ich im Übrigen regelmäßig treffe, worüber ich mich immer sehr freue.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:**

(D)

Als Nächstes erhält das Wort für die CDU/CSU-Fraktion die Kollegin Nina Warken.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Nina Warken (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kolleginnen und Kollegen der Ampelfraktionen, wir haben ja oft inhaltlich sehr kontroverse Debatten in diesem Haus. Heute könnte es ganz einfach sein: Sie und wir wollen das Gleiche, eigentlich. Der Bundeskanzler und die Regierungschefs der Länder haben vereinbart – so kann man es in ihrem Beschluss vom 7. November lesen –, „dass die Zahl der im Wege der Fluchtmigration nach Deutschland Kommenden deutlich und nachhaltig gesenkt werden muss“. Beteiligt an diesem Beschluss waren auch der Bundeswirtschaftsminister und der Bundesfinanzminister. Das ist eine Tatsache, von der wir als Union schon lange sprechen, meine Damen und Herren. So weit, so gut. Man sollte meinen, dass die Koalitionsfraktionen diese Haltung teilen. Aber diese Debatte hat, denke ich, sehr deutlich gemacht, wie wenig Rückhalt die Bundesregierung hier im Parlament für ihren Vorschlag hat.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Martin Rosemann [SPD]: Das hätten Sie wohl gerne! Alles politischer Klamauk!)

Herr Kollege Bееck, ich höre Ihre Worte sehr gerne, kann mir aber nach dem Verlauf der Debatte beim besten Willen nicht vorstellen, wie Sie dieses Gesetz noch in